

**Rede  
von**

**Maximilian Schmidt, MdL**

zu TOP Nr. 13

Abschließende Beratung

**Eine Dekade der Investitionen für ein modernes  
Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/10383

während der Plenarsitzung vom 17.05.2022  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

zunächst: Ich möchte den Antragstellern von der FDP einmal einen schönen Dank sagen! Und das meine ich ehrlich: Sie haben mit Ihrem Entschließungsantrag eine – wie ich finde –wichtige Debatte hier auf die Tagesordnung gesetzt.

Das ist eben die wichtigste Debatte, die die Landespolitik führen muss: Welche Zukunftsinvestitionen brauchen wir in Niedersachsen? Und wie bekommen wir das gemeinsam hin in unsicheren Zeiten, unsicheren Zeiten auch und gerade für unsere öffentlichen Haushalte? Wir haben ja gerade eine Steuerschätzung bekommen – ich glaube, es ist richtig und wichtig, dass wir die Debatte zu Investitionen gerade jetzt führen, natürlich mit Vernunft und Augenmaß.

Benjamin Franklin hat mal gesagt: Eine Investition in Wissen bringt noch immer die besten Zinsen. Ja, wir brauchen mehr Investitionen in Schulen und Hochschulen, Krankenhäuser, Wohnungsbau, für Digitalisierung und gegen den Klimawandel und auch für Landesliegenschaften, die in diesem Sinne fit für das 21. Jahrhundert sind – all' das ist mehr denn je nötig, übrigens bestimmt nicht nur in der nächsten Dekade. Was nützt einem jungen Menschen ein ausgeglichener Haushalt, wenn zugleich seine Schule marode ist. Investitionen nützen den Menschen heute und legen zugleich die Grundlage für den Wohlstand von morgen.

In Niedersachsen, das gehört zur Wahrheit dazu, und da müssen sich alle hier an die eigene Nase fassen, hatten wir mindestens in den letzten zwei Jahrzehnten eine im Bundesvergleich deutlich zu niedrige Investitionsquote. Seit der Jahrtausendwende befindet sich die Investitionsquote im Vergleich zum Kernhaushalt im Sinkflug – von 2001 an mit noch über 12 Prozent auf bis zu unter 5 Prozent vor wenigen Jahren. Diesen Trend hat Rot-Grün 2013 und hat ganz sicher Rot-Schwarz ab 2017 umgekehrt. Aber die Zahlen lügen ja nicht: Andere Bundesländer investieren zum Teil deutlich mehr – und da müssen wir aufholen, und überholen wäre mir auch ganz recht. Die Jobbeschreibung für einen Finanzminister lautet ja: Nicht etwa Verhinderungsminister, sondern immer Ermöglichungsminister zu sein – deshalb bin ich gespannt, was Herr Hilbers hierzu noch ausführen wird.

Ich glaube, in der Analyse werden wir uns hier ziemlich schnell einig. Allerdings wohl nicht ganz so schnell bei der Lösung. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, das ist eben der zweite Teil Ihres Entschließungsantrages, der jetzt nicht ganz so gelungen ist wie das Intro. Sie fordern neun Punkte:

Erstens: Eine übersichtliche Vermögenserfassung für das Land. Was soll uns das sagen? Wollen Sie auch die doppelte Haushaltsführung im Landeshaushalt einführen? Schon die Kommunen haben jetzt nicht so pralle Erfahrungen damit

gemacht – und viel entscheidender: Nur durch eine andere Darstellung des Haushalts wird kein einziger Cent zusätzlich für Investitionen bereitgestellt – im Gegenteil, eine solche Umstellung würde Unsummen kosten.

Die Punkte 2, 3, 4, 5 und 6 Ihres Antrags drehen sich im Kern um eines: Sie wollen deutlich mehr ÖPP – also sogenannte öffentlich-private Partnerschaften –, das heißt, Private bauen, der Staat zahlt ab. Da kann ich Ihnen sagen: Der schöne Schein trügt. ÖPP ist nicht automatisch schneller, besser und billiger. Der Punkt ist ja: Bei der Finanzierung muss die öffentliche Hand die Rendite des privaten Kapitalgebers gleich noch mitbezahlen. Ein Beispiel: Wer 1.000 Euro investiert und den Betrag über 20 Jahre mit jährlich 5 Prozent Verzinsung – um mal eine mögliche Rendite zu nennen – finanziert, hat am Ende der Laufzeit knapp über 1.600 Euro gezahlt, also 60 Prozent mehr als der ursprüngliche Investitionsbetrag.

ÖPP ist eben nur eine andere Art der Kreditfinanzierung, die auf Zeit gerechnet im Zweifel deutlich teurer ist. Das kann wirtschaftlich nur dann funktionieren, wenn der Bau selbst um den gleichen Faktor günstiger ist, als wenn die öffentliche Hand selbst bauen würde. Und das wissen wir aus der Praxis: Das ist selten der Fall – im kommunalen Bereich kann das zum Beispiel bei Sporthallen funktionieren, da habe ich das selbst auch schon mitbeschlossen. Bei großen Infrastrukturvorhaben passiert aber häufig das Gegenteil. Am Beispiel des Baus der Autobahn A 7 in Südniedersachsen haben wir ja alle gesehen, wie ein ÖPP-Projekt richtig schiefgehen kann.

Deshalb ist auch Ihre Forderung spannend, dass Sie ein Kompetenzzentrum für ÖPP in der Landesverwaltung aufbauen wollen, das – so wörtlich – bei Investitionen alle Ansprüche, Folgen, Chancen und Risiken evaluiert. Wenn ich jetzt Finanzminister wäre, würde ich Sie ja höflich auf Folgendes hinweisen: Wir haben ein solches Kompetenzzentrum in Niedersachsen schon. Es heißt: Niedersächsisches Finanzministerium. Die Kolleginnen und Kollegen dort schauen genau, wie wir nötige Investition bestmöglich zu den günstigsten Konditionen umsetzen können.

Und gerade für Investitionen brauchen wir mehr Spielraum – und deshalb ist Punkt 7 Ihres Antrags spannend: Ja, wir brauchen den Umbau der NBank von einer reinen Förderbank zu einer echten Investitionsbank. Und ja, auch Ihre Punkte 8 und 9 sind diskussionswürdig: Wir müssen die bestehenden Töpfe im Landeshaushalt für Infrastruktur und Krankenhäuser weiter so ausstatten, dass zumindest kein Substanzverlust droht.

Aber wir brauchen aus Sicht von uns als SPD eben auch – und das ist der Unterschied zu Ihrem Antrag – einen Niedersachsenfonds, um den Umbau von Wirtschaft und Industrie im Zeitalter der Transformation – also die Gestaltung des

Wandels, der mit Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel einhergeht – zu stemmen. Wir brauchen eine Landeswohnungsbaugesellschaft, die im Interesse des Gemeinwohls mit konzentrierten Investitionen die Schieflage auf dem Wohnungsmarkt korrigiert und vor allem mehr bezahlbaren Wohnraum schafft. Für Zukunftsinvestitionen können wir auch privates Kapital mobilisieren, ja – aber entschieden werden muss durch die öffentliche Hand, hier im Landtag, transparent und kosteneffizient.

Was im öffentlichen Interesse ist, was dem Gemeinwohl dient, das muss von uns als Gesellschaft gerecht finanziert werden. Aber die reine Privatisierung öffentlicher Investitionsaufgaben kann dafür nicht das alleinige Allheilmittel sein, weshalb wir Ihren Antrag heute ablehnen werden. Ich bin mir aber sicher: Die Diskussion über die Zukunftsinvestitionen in Niedersachsen, die muss und die wird dieser Landtag führen und dann entscheiden.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!